

Nachhaltigkeit der Finanzmärkte als Motor der Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung

10-Punkte Positionspapier des Forums Nachhaltige Geldanlagen

Die Finanzkrise hat gezeigt: Ein Umdenken in der Finanzwirtschaft ist notwendig. Statt kurzfristigem, oft quartalsgesteuertem Denken muss die nachhaltige Entwicklung in den Fokus der Entscheidungsfindung rücken. Die Zeit ist reif, damit die Akteure der Finanzmärkte ihre Sichtweisen deutlich erweitern und nicht nur ökonomische Faktoren bei der Beurteilung der Wirtschaftssituation berücksichtigen. Gerade bei Geldanlagen stellt sich die Frage: Wie nachhaltig sind die Anlagekonzepte und Renditeerwartungen? Private und institutionelle Investoren fordern mehr Transparenz. Investoren wollen verstehen und bewerten können, welche Chancen und Risiken sich bei den Geldanlagen ergeben und verlangen entsprechend verständliche Informationen, die auch nicht-finanzielle Gesichtspunkte berücksichtigen und die Sinnhaftigkeit von Handlungsweisen hinterfragen.

Nachhaltige Geldanlagen berücksichtigen neben wirtschaftlichen Kennzahlen auch ökologische und soziale Aspekte. Beispiele hierfür sind Investmentfonds in den Bereichen Klimawandel oder Mikrokredite. Das Interesse an nachhaltigen Geldanlagen ist während der Finanzmarktkrise stetig gestiegen. Allein im deutschsprachigen Raum wurden 2008 rund 50 neue nachhaltige Investmentfonds mit € 900 Mio. Anlagevolumen zugelassen. Anbieter von Nachhaltigkeitsfonds berichten trotz der Krise und der negativen Trends am Gesamtmarkt von Mittelzuflüssen.

Unisono fordern derzeit Politiker, Medien und Verbraucherschützer mehr Moral und Verantwortung an den Finanzmärkten. Es darf aber nicht allein bei Forderungen bleiben, zumal gute Ansätze bereits vorhanden sind.

Auch die Bundesregierung verfolgt z.B. eine Strategie der Nachhaltigen Entwicklung. Neben regulatorischen Eingriffen bei Unternehmen und Produkten (z.B. Verpflichtung der Automobilindustrie zur Reduktion der CO₂ Emissionen) können auch die Kapitalmärkte einen entscheidenden Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Institutionelle und private Kapitalanleger sowie Finanzintermediäre haben wirkungsvolle Handlungsoptionen, welche nicht nur ohne großen Aufwand umsetzbar sind, sondern im Normalfall zu gleichen bzw. besseren Rendite führen. Zum Beispiel können sie als Kapitalgeber ihre Investitionen in Unternehmen an bestimmte Kriterien koppeln und damit Signale für eine gewünschte Unternehmenspolitik aussenden.

Hierfür braucht es eine klare politische Entscheidung: Es müssen Nachhaltigkeitsziele eindeutig definiert werden, die sich auf Unternehmensebene herunterbrechen lassen. Bei Kapitalanlagen und maßgeblichen Beteiligungen der öffentlichen Hand müssen diese Nachhaltigkeitsziele verbindlich berücksichtigt werden. Die Förderung von Vermögensanlagen oder Produkten durch die öffentliche Hand muss an Nachhaltigkeitsbedingungen geknüpft werden. Bei allen Marktakteuren muss das Bewusstsein für Nachhaltigkeit in der Vermögensanlage gesteigert werden.

Konkret können folgende Handlungsansätze verfolgt werden:

I Nachhaltiges Wirtschaften bei Wirtschaftssubjekten im Einflussbereich der öffentlichen Hand:

1. Direkte maßgebliche Beteiligungen der öffentlichen Hand an Unternehmen sollen eine Nachhaltigkeitsstrategie in den betreffenden Unternehmen voraus setzen.
2. Öffentliches Vermögen und Vermögen von Unternehmen der öffentlichen Hand, wie z.B. Geldanlagen der Sozialversicherungsträger, öffentliche Pensionseinrichtungen und die Anlagen der öffentlich-rechtlichen Finanzinstitute, müssen unter Berücksichtigung verbindlicher Standards für Nachhaltigkeit angelegt werden.
3. Die Bereitstellung von staatlichen Förderungen für Finanzanlagen (z.B. Riester-Renten-Produkte) sind an Nachhaltigkeitsstandards zu binden und transparent zu machen.
4. Gemeinnützige Stiftungen sowie Stiftungen des öffentlichen Rechts sollen regelmäßig offen legen, wie ethische, soziale und ökologische Belange bei der Anlage ihres Finanzvermögens berücksichtigt werden, bzw. wie ihr Stiftungsauftrag mit ihrer Anlagepolitik übereinstimmen.

II Bewusstseinssteigerung und Transparenz bei sonstigen Marktakteuren

5. Bürger und Anlageberater sollen mehr über die Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung informiert werden. Dazu müssen Aspekte der Nachhaltigkeit in das Bildungssystem sowie in die Berufsausbildung der Finanzdienstleister integriert werden.

6. Bei der Ermittlung der Anlagemotive und der Anlageberatung muss gesetzlich festgelegt werden, dass Nachhaltigkeit und individuelle Wertepräferenzen als Anlagemotiv bei der Investitionsentscheidung Berücksichtigung findet. Diese nicht-finanziellen Indikatoren sollen neben den klassischen Anlagezielen im Kundengespräch berücksichtigt werden.
7. In Verkaufsprospekten und sonstigen Verkaufsunterlagen zu Finanzprodukten sind Aussagen zur Nachhaltigkeit zu integrieren und im Rahmen der Zulassung seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu überprüfen.
8. Die Bundesregierung wirkt auf ein Qualitätssiegel für Nachhaltigkeit und Transparenz bei Finanzdienstleistungsprodukten hin. Als Grundlage dazu dient das Transparenzlogo von Eurosif (European Sustainability and Responsible Investment Forum).
9. Unternehmen sollen zu nachhaltigem Handeln angehalten werden und müssen Investoren darüber Auskunft geben. Dazu muss die Berichtspflicht zu nicht-finanziellen Indikatoren im Lagebericht erweitert werden.
10. Finanzdienstleister und institutionelle Investoren sollen zu nachhaltigem Investieren angehalten werden und müssen darüber berichten.

Das **Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V. (FNG)** fördert den Nachhaltigkeitsgedanken und vertritt die Interessen der Anbieter nachhaltiger Anlageprodukte. Im Forum Nachhaltige Geldanlagen haben sich mehr als 120 Unternehmen, Organisationen und Experten zusammengeschlossen, die sich für mehr Nachhaltigkeit im Finanzbereich einsetzen. Das FNG wurde 2001 gegründet und befasst sich seitdem mit Fragen und Themen rund um die Entwicklung, den Vertrieb und der Steigerung des Bekanntheitsgrades umwelt- und sozialorientierter Geldanlagen.

Kontakt:

Volker Weber, Vorsitzender des Vorstandes; Claudia Tober, Geschäftsführerin
Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V.; Rauchstr. 11, D-10787 Berlin;
Tel.: 030-264 70 544, Fax: 030-262 70 04; E-Mail: office@forum-ng.org